

WETTER IN BIELEFELD



Heiter
Bis 4 Grad
Noch Hochdruckeinfluss



SIEHE WETTERKARTE

Braun im Vorstand

Waldemar Braun kehrt in den Vorstand des Tennis-Bezirk OWL zurück. Auf der Bezirkstagung in Detmold wurde er zum neuen zweiten Vorsitzenden gewählt.



Lokalsport

Der Winter geht ins Geld

Der harte Winter geht für die Stadt ins Geld. Die Straßenreinigung ist doppelt so teuer wie in einem »normalen« Winter, die Stadt hat zudem Mehrkosten von 1,13 Millionen Euro etwa für warme Amtsstuben, sagt Carsten Boberg, ISB-Betriebsleiter.



Lokalteil

BIELEFELD

Theater und Museen

Keine Entscheidung über höhere Eintrittspreise

Rekordwinter

Gärtnereien leiden unter Kälte und Schnee

Entscheidung fällt

Von Spiegel bleibt in der Bürgergemeinschaft

SPORT AKTUELL



Arminia: Gerstner droht der Rauswurf

Arminia Bielefelds Trainer Thomas Gerstner gerät nach dem 0:1 gegen den Karlsruher SC immer stärker unter Druck. In den Vereinsgremien des Fußball-Zweitligisten wird intensiv über seine Zukunft beraten.

Bayern München ist im CL-Viertelfinale

Bayern München hat das Viertelfinale der Champions League erreicht. Dem deutschen Fußball-Rekordmeister genügt gestern beim AC Florenz ein 2:3. Das Hinspiel hatte Bayern 2:1 gewonnen.

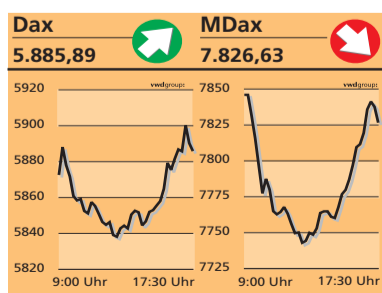
KULTUR

Heute vor 234 Jahren wurde Königin Luise geboren. Der Luisenturm bewahrt die Erinnerung.

Na, wer sagt's denn!

»Wir haben in den ersten zwei Monaten dieses Jahres soviel Streusalz und Vogelfutter verkauft wie noch nie.« Clemens Große Frie, Vorstandschef des Agrarhändlers Agravis (»Raiffeisen«), über den harten Winter

BÖRSE



Nummer 58 / 10. Woche
2978 / 61. Jahrgang
www.westfalen-blatt.de



Lage in Haiti noch immer dramatisch

Schulen geschlossen – 900 Hilfswerke im Einsatz

Von Reinhard Brockmann

Port-au-Prince (WB). Knapp zwei Monate nach dem großen Beben ist Haiti noch lange nicht zum Alltag zurückgekehrt. Eine Million Menschen sind obdachlos, die Regenzeit hat begonnen.

Die Errichtung zwölf riesiger Notlager mit sturmsicheren Zelten, Latrinen und Küchen scheidet an ungeklärten Eigentumsfragen und Platzproblemen. Alle Schulen seien geschlossen und die Regierung versuche, sich auf die große Geberkonferenz Ende März in New York vorzubereiten.

900 registrierte Hilfsorganisationen aus aller Welt sind an der Basis erfolgreich, warten aber dringend auf Entscheidungen der Regierung über wichtige Aufbauziele. Es soll kein bloßer Wieder-

aufbau im ärmsten Land der westlichen Hemisphäre werden. »Die Menschen haben mehr verdient«, sagt Wolfgang Jamann, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe. In der Hauptstadt Port-au-Prince hat das deutsche Technische Hilfswerk eine gigantische Wasseraufbereitungsanlage aufgestellt. Jeden Tag sind 60 Tankwagen zur Versorgung der Menschen im Einsatz. Übergriffe und Unruhen bei der Lebensmittelversorgung gibt es nicht mehr. »Die Menschen wissen inzwischen, dass wir wiederkommen und keiner leer ausgeht«, sagt Michael Kühn, der seit elf Jahren Hilfsprojekte auf Haiti leitet.

Lesen Sie zum Thema Haiti den Leitartikel, die erste von zwei Sonderseiten sowie ein Reisetagebuch im Internet.



Die Erdbebenopfer Jean-Marie (9) und Luco (2) leben unter Planen.

Foto: Grossmann/Welthungerhilfe

Rabenväter belasten Staat

Unterhaltsvorschuss kostet den Steuerzahler 846 Millionen Euro

Von Bernd Bexte

Bielefeld (WB). Wenn Rabenväter keinen Unterhalt zahlen, muss Vater Staat einspringen. Die Zahlungen von Unterhaltsvorschuss sind nach Angaben des Deutschen Städtetages von 2000 bis 2008 von 695 Millionen Euro auf 846 Millionen Euro gestiegen.

Den größten Anteil davon tragen die Kommunen. Laut des Regionalverbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) erhalten bundesweit etwa 500 000 Kinder Alleinerziehender Unterhaltsvorschuss, weil (meistens) die Väter verschwunden sind oder Unterstützung verweigern. Für den VAMV sind die Betroffenen als »Kinder dritter Klasse« stig-

matisiert. So liege der Mindestunterhaltsanspruch eines fünfjährigen Kindes bei 225 Euro, der Hartz IV-Regelbedarf eines Gleichaltrigen bei immerhin noch 215 Euro. Der Unterhaltsvorschuss beträgt seit Jahresbeginn 133 Euro für Kinder bis fünf Jahre (zuvor 117 Euro), 180 Euro für Sechs- bis Elfjährige (zuvor 158 Euro). Zu wenig, kritisiert VAMV-Regionalvorsitzender Elmar Boe-

nig aus Bad Oeynhausen. Sein Verband fordert eine pauschale Kindergrundsicherung in Höhe von 500 Euro. Zu finanzieren sei diese durch die Abschaffung des Ehegattensplittings. Dies würde 18 Milliarden Euro freisetzen.

Für die öffentliche Hand wird der Unterhaltsvorschuss zu einem immer größeren Ausgabenposten. 846 Millionen haben Bund, Länder und Kommunen 2008 ausgegeben,

so die aktuellste Zahl. Die Anteile haben sich im Lauf der Jahre zu Ungunsten der Städte und Gemeinden verschoben. Sie tragen mehr als die Hälfte der Kosten. Die Stadt Bielefeld zahlte 2009 3,6 Millionen Euro Unterhaltsvorschuss, Herford 868 000 Euro, Paderborn 1,8 Millionen Euro. Die Paderstadt plant in diesem Jahr mit 2 Millionen Euro. NRW hat für 2010 etwa 100 Millionen Euro an Unterhaltsvorschuss für die landesweit 54 000 betroffenen Kinder in den Etat eingestellt.

Die Kommunen versuchen, das Geld von den säumigen Zahlern wieder einzutreiben. Mit mäßigem Erfolg: Mit Rückholquoten von 26 Prozent in Herford und 23 Prozent in Paderborn gehören beide Städte schon zu den erfolgreicheren. In Bielefeld sind es 20 Prozent, guter Durchschnitt. »Viele Väter tauchen ab oder rechnen sich arm«, sagt Boenig. **Kommentar: Seite 4**

KOSTENEXPLOSION SEIT 1980

Ein gesetzlicher Unterhaltsvorschuss gibt es seit 1980. Im ersten Jahr wurden bundesweit umgerechnet 38,8 Millionen Euro ausgezahlt. Aktuell sind es etwa 850 Millionen Euro. Der Unterhaltsvorschuss wird maximal sechs Jahre gezahlt und endet

spätestens, wenn das Kind zwölf Jahre alt wird. Ministerpräsident Rüttgers will das Bezugsalter auf 18 Jahre erhöhen. Das begrüßt der VAMV. Der Verband fordert, dass jede Unterhaltspflichtverletzung von der Staatsanwaltschaft verfolgt wird. **bex**

Verwahrung auch nach Jugendstrafe

Karlsruhe (dpa). Die nachträgliche Sicherungsverwahrung bei Jugendstrafen ist zulässig. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) in entschieden. Danach muss ein heute 32-Jähriger in Haft bleiben, obwohl er seine Jugendstrafe von zehn Jahren verbüßt hat. Der Mann aus Bayern war 1999 nach dem Mord an einer Joggerin zur Jugendhöchststrafe verurteilt worden. **Seite 4**

18,50 Euro für eine Schufa-Auskunft

Wiesbaden (ddp). Eine Bonitätsauskunft bei der Schufa wird ab April für Verbraucher deutlich teurer. Benötigen sie eine Auskunft für Vertragsabschlüsse, wie etwa einen Mietvertrag, zahlen sie künftig 18,50 Euro statt bislang 7,80 Euro. Dafür erhalten die Verbraucher zusätzlich zur Bonitätsauskunft für Dritte allerdings auch eine Übersicht über alle zu ihrer Person gespeicherten Daten.

Keine Flüge nach Griechenland

Athen (dpa). Landesweite Streiks sollen Griechenland morgen lahmlegen. Da auch die Fluglotsen ihre Arbeit niederlegen wollen, wurden alle Flüge von heute Abend um 23 Uhr an für 24 Stunden abgesagt. Dies teilten gestern die wichtigsten Fluggesellschaften in Athen mit. Auch alle Auslandsflüge seien betroffen. Geschlossen bleiben auch Behörden, Schulen und Universitäten.

Höhere Strafe bei Missbrauch gefordert

Entschädigungsrecht soll 30 Jahre gelten

Berlin (epd/dpa/WB). Angesichts der Vielzahl von zum Teil erst nach Jahrzehnten bekanntgewordenen Missbrauchsfällen will die Bundesregierung mehr für Opfer tun. Das Zivil- und das Strafrecht sollen verschärft werden.

Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) forderte eine Erhöhung der Mindeststrafe. »Jeder sexuelle Missbrauch muss wieder als das Verbrechen gebrandmarkt werden, das es nach früherem Recht war und im Verständnis der Bürger immer geblieben ist«, sagte Merk. Deshalb müsse die Mindeststrafe von derzeit sechs Monaten auf ein Jahr angehoben werden. Damit würde Missbrauch künftig als Verbrechen und nicht mehr als Vergehen gewertet.

Zugleich will die schwarz-gelbe Koalition die Rechte der Opfer auf finanzielle Entschädigung deutlich stärken. Die Verjährungsfrist

für Schadenersatz- und Schmerzensgeldansprüche solle auf 30 Jahre verzehnfacht werden, sagten Vertreter von CDU/CSU und FDP in Berlin. Die FDP-Bundestagsfraktion forderte die katholische Kirche zudem auf, einen Entschädigungsfonds für Missbrauchsoffer aufzulegen. Der FDP-Rechts- und -Innenexperte Hartfrid Wolf will sich dafür einsetzen, Ansprüche auf Entschädigung notfalls auch für bereits verjährte Fälle rückwirkend zu ermöglichen.

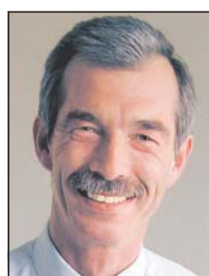
Unterdessen gibt es auch Vorwürfe gegen das evangelische Sozialwerk Diakonie. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ermittelt wegen möglicher Misshandlungen gegen 17 ehemalige Mitarbeiter eines Tochterunternehmens der zur Diakonie Rheinland gehörenden Graf-Recke-Stiftung. Sie sollen etliche autistische und verhaltensauffällige Kinder mit umstrittenen Therapie-Methoden stundenlang gequält haben.

Weitere Berichte auf den Seiten 3 und 4

Heute Tipps für die Geldanlage



Dennis Nerling
Rufnummer:
0521/585-484



Volker Bartling
Rufnummer:
0521/585-466



Anja Kreienbrock
Rufnummer:
0521/585-467



Christian Schnülle
Rufnummer:
0521/585-465

Bielefeld (WB/ef). Die Zinsen sind niedrig wie nie zuvor. Wohin nur mit dem Ersparten? Lieber Festgeld, Anleihen oder Aktien? Oder Gold? Vier Experten vom Bundesverband Deutscher Banken geben Ihnen, lieber Leser, heute in der Zeit von 11 bis 13 Uhr wertvolle Tipps. Die Aktion ist kostenlos.

